

Zeitschrift: Zeitschrift für pädagogische Historiographie
Herausgeber: Pädagogische Hochschule Zürich
Band: 16 (2010)
Heft: 1

Buchbesprechung: Besprechungen

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 04.05.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Besprechungen

Eva Illouz: Die Errettung der modernen Seele

Eine soziologisch orientierte Kulturgeschichte von Identitätskonzepten des modernen Selbst und seiner Emotionen

• Meike Sophia Baader

Die brillante Studie der israelischen Soziologin Eva Illouz *Die Errettung der modernen Seele. Therapien, Gefühle und die Kultur der Selbsthilfe* ist für Soziologen, Historiker, Bildungshistoriker und Erziehungswissenschaftler gleichermaßen von Relevanz, insbesondere auch für Leser und Leserinnen, die sich für Fragen des Zusammenhangs von modernen Identitätskonzepten mit Konstruktionen von Weiblichkeit und Männlichkeit interessieren.

Wie, so lautet die Frage, die Eva Illouz in sieben Kapiteln entfaltet, ist der Siegeszug der Psychologie und eines therapeutischen Diskurses in der Moderne zu erklären?

Luzide, kenntnis- und materialreich öffnet Illouz' Text die Augen dafür, wie stark ein psychologisch durchdrungener Diskurs fast alle Bereiche des modernen Lebens sowohl in der Arbeitswelt wie in der privaten Sphäre berührt. Dabei geht es der Autorin nicht nur darum, die Macht und Wirkmächtigkeit des von ihr identifizierten Diskurses etwa in Organisationen, am Arbeitsplatz oder in der Intimität des Schlafzimmers dicht zu beschreiben – was ihr überzeugend gelingt –, sondern die Gründe für seinen Erfolg zu rekonstruieren und zu erklären. Angelegt wird damit also keine in erster Linie ideologiekritische Perspektive – obwohl mit scharfsinnigen und spitzen Bemerkungen über die allgegenwärtige Hegemonie der Psychologie und die Banalität psychologischer Erklärungsmuster nicht gespart wird –, sondern vielmehr eine pragmatische, die sich vor allem dafür interessiert, warum es funktioniert. Dies ist zugleich ein leitender methodologischer Grundsatz der Studie, der abschliessend noch einmal unter dem Aspekt «Institutioneller Pragmatismus in der Erforschung der Kultur» reflektiert wird und sich etwa von Foucault distanziert, da er die kritischen Fähigkeiten von Akteuren nicht ernst genommen und diese unter «Bulldozer-Begriffen» wie «Überwachung» und «Biomacht» begraben habe.

Ausgangspunkt für die Rekonstruktion der enormen Erfolgsgeschichte der Psychologie ist die Beschreibung der innovativen «kulturellen Matrix», die durch Sigmund Freud und die Psychoanalyse in die Welt gekommen sei. Die Psychoanalyse habe die Grenzen zwischen Pathologischem und Normalem verschoben, habe ein Recht auf sexuelle Erfüllung

und auf Liebe formuliert, sich auf das Alltagsleben und auf Triviales – wie etwa Versprecher – konzentriert und schliesslich behauptet, dass Heilung durch Reden erfolgen könne. Letzteres ist auch einer der Gründe, warum die Psychoanalyse insbesondere in den USA auf so grosse Resonanz stiess, die mit Freuds Amerikareise und seinen *Clark Lectures* aus dem Jahre 1909 einsetzte. Zu diesem Zeitpunkt waren in den USA «geistige Behandlungsformen und geistige Heilung» im Streit zwischen religiöser Geistlichkeit und der Ärzteschaft bereits diskutierte Themen. Die Psychoanalyse konnte also an schon vorhandene Diskurse anknüpfen. In der Folge entwickelte sich eine Liaison zwischen Psychoanalyse und Populärkultur, die sich in Filmen, in der Werbung und in der Ratgeberliteratur niederschlug und eine Erlösung von Leiden versprach, die die Individuen selbst in die Hand nehmen könnten. Die Annahme, dass die Gründe für persönliches Leiden in der Kindheit zu suchen seien, dass Erlösung möglich sei, diese der Selbstverantwortung obliege und durch Prozesse der Bewusstwerdung von Emotionen erfolge – das ist der Kern des therapeutischen Diskurses und seines Narrativs.

Welche verschiedenen gesellschaftlichen Akteure mit höchst unterschiedlichen Interessen diesen psychologischen Konnex im Verlaufe des 20. Jahrhunderts zu ihrem machen und damit zu dessen Verbreitung beitrugen, zeigt die Studie plausibel auf. Neben der Zunft der Psychologen selbst ist es etwa auch der Feminismus seit den 70er-Jahren mit seinem Motto «vom Politischen des Privaten», der den psychologischen Diskurs nutzte, um einen kritischen Blick auf die patriarchale Familie zu werfen und diese als krankmachend zu identifizieren. Insbesondere sind es aber auch die Organisationssoziologie und das Unternehmensmanagement, die einen kontrollierten Umgang mit Emotionen und die entsprechende Kommunikationskultur als wichtige Ressource entdeckten. In der Beschreibung der Verschiebung vom «homo oeconomicus» zum «homo communicans» liegt eine der ganz grossen Stärken des Buches. Hier präsentiert Eva Illouz empirisches Material aus der Innenwelt der Unternehmensführung und des Personalmanagements. Sie zeigt, dass ein kontrollierter Umgang mit den eigenen Emotionen sowie die Beherrschung der Emotionen anderer zu einem bedeutsamen Instrument des Managements geworden sind. Dabei ist das zugrunde liegende Muster vergleichsweise banal, geht es doch darum, die Individuen zur permanenten Selbstverantwortung für ihre Arbeitsfähigkeit aufzufordern und bei Schwierigkeiten auf Selbsthilfekonzepte zu setzen. Wer diese nicht in Anspruch

nimmt, ist an seinem Unglück selbst schuld. Die Kultur der Selbsthilfe, die jeden und jede zum Unternehmer bzw. zur Unternehmerin des eigenen Selbst erklärt und Selbstermächtigung bzw. Selbstmächtigkeit in Workshops, Coachings und Selbsthilfekursen verkündet, verbindet die Arbeitswelt mit der Welt des privaten Lebens und der Eheberatung – der andere Bereich –, den Illouz mit eigenem empirischen Interviewmaterial erhellt. Diese Entgrenzungen zwischen der Sphäre der Arbeit und des Privatlebens kennzeichnen dann auch den neuen «emotionalen Kapitalismus», der gerade die emotionalen Fähigkeiten als wichtige Ressource der Akteure in den globalisierten und vernetzten Arenen eines «konnexionistischen Kapitalismus» braucht.

Sowohl Marx als auch Freud seien davon ausgegangen, dass das Gefühlsleben des Proletariats letztlich befriedigender sei als das des Bürgertums, da dieses Askese und Triebaufschub um der rationalen bürgerlichen Lebensführung willen betreiben müsse. Der unmittelbare Zugang zur Gefühlswelt sei für beide Meisterdenker ein Merkmal proletarischer Lebensführung gewesen. Heute hätten sich jedoch die Konstellationen – unter dem Diktat der Kommunikationskultur, die in den Umgang mit Gefühlen als Ressource für gesellschaftliche Teilhabe einübe – grundlegend verschoben.

In diesem Zusammenhang bringt Illouz die soziale Schichtung ins Spiel und setzt sich mit Bourdieu auseinander, indem sie den Begriff des «emotionalen Kapitals» als wichtige Voraussetzung für Teilhabechancen und Formen der Anerkennung in der postindustriellen Gesellschaft einführt. Dabei greift sie auch die Frage nach Männlichkeitsentwürfen auf und befragt – durchaus im derzeitigen soziologischen und sozialwissenschaftlichen Trend liegend – Connells Konstrukt der «hegemonialen Männlichkeit» kritisch. «Im konnexionistischen Kapitalismus sind Frauen mit Fertigkeiten und Formen von Kapital versehen, die es ihnen ermöglichen, neue und andere Spiele im sozialen Feld zu spielen» (S. 390). Mit dieser Sicht, so Illouz, wolle sie Machtverhältnisse zwischen den Geschlechtern nicht leugnen, aber die Soziologie müsse erkennen, dass die kulturelle Kategorie der Gefühle die traditionellen Modelle der gesellschaftlichen Hierarchie zunehmend komplexer mache. Dies sei notwendig, um die neuen Formen sozialer Ungleichheit zu enträtseln. Insbesondere Ansätze von Intersektionalität, so kann Illouz ergänzt werden, die einer Gesellschaftsanalyse entlang der Kategorien von «race, class and gender» folgen, müssten also diese neue Konstellation berücksichtigen.

Die Kulturosoziologin Eva Illouz hat ein bahnbrechendes Buch vorgelegt, das uns über unsere eigene Lebensführung und unsere Kommunikationsstrukturen belehrt sowie eine brillante Analyse des auf dem «homo communicans» basierenden Kapitalismus enthält und uns instruktiv zeigt, wie verflochten unsere Kommunikationskultur mit der Ökonomie ist. Überzeugend wird herausgearbeitet,

dass die allgegenwärtige Verheissung von Erlösung durch Therapie und Selbsthilfe eine Erzählung des Selbst hervorbringt, ja hervorbringen muss, die Leiden an den Anfang setzt, um dann darüber triumphieren zu können. Der Triumph der Therapie bringt ein spezifisches Narrativ des modernen Selbst – vom Opfer zur Erlösung – hervor. Damit erzeugt der therapeutische Diskurs zugleich eine Vielfalt an Leidensformen, weil er sie braucht. «Leiden zu verursachen, sei einer der anstössigsten Aspekte der Psychologie», der therapeutische Diskurs also von «bitterer Ironie» (S. 405).

Die Stärken dieses Buches liegen in der Bearbeitung der Frage nach dem modernen Selbst, seiner Identität und Gefühlskultur in einer kulturhistorischen und kulturosoziologisch weiten Perspektive. Die Studie ist methodisch höchst reflektiert, empirisch gesättigt, politisch wach sowie analytisch klar und selbstreflexiv. Zudem ist sie gleichermassen gut geschrieben wie offensichtlich gut übersetzt. Schwächen konnten nicht identifiziert werden, lediglich Aufforderungen zum Weiterdenken, etwa was die religiösen Dimensionen der skizzierten Selbsthilfekultur als innerweltliches Heilsversprechen betrifft. So bleibt nur, diesem klugen Buch möglichst viele Leserinnen und Leser zu wünschen.



Eva Illouz: Die Errettung der modernen Seele. Therapien, Gefühle und die Kultur der Selbsthilfe. Aus dem Englischen von Michael Adrian. Frankfurt: Suhrkamp 2009. 412 S.
CHF 45.30; EUR 26.80
ISBN: 978-3-518-58520-7

Michael Schaefer: Geschichte des Bürgertums

Ein einführender Rückblick

• Norbert Grube

Das bei UTB 2009 erschienene Einführungsbuch *Geschichte des Bürgertums* von Michael Schäfer trägt einen etwas irreführenden Titel, wird doch nahezu ausschliesslich das deutsche Bürgertum behandelt. Der angekündigte Vergleich mit amerikanischen und europäischen Entwicklungen (S. 11) bleibt marginal (etwa S. 44–46) und dient eher dazu, mit Hinweisen auf fehlende konstitutionell garantierte Grund- und Bürgerrechte in deutschen Staaten um 1800 Elemente eines deutschen Sonderweges zu markieren (S. 49). Zwar ist diese deutsche Rückständigkeit nicht zu negieren, doch begibt sich Schäfer damit phasenweise auf ausgetretene Diskussionspfade, die er an anderer Stelle selbst zurückweist (S. 176–178), und betritt

eher nationalgeschichtliche Bahnen. Diese werden als solche nicht kenntlich gemacht, sondern unter dem Begriff der bürgerlichen Bewegung (etwa S. 61–73) ausgebreitet, der nationale, soziale und liberale Bewegungen des frühen 19. Jahrhunderts zusammenklammert.

Das Buch bietet nach einer schmalen Einleitung einen Überblick in sieben Kapiteln über die Geschichte des (deutschen) Bürgertums von der Antike bis zur Gegenwart. Nach dem sehr knappen Abriss über Bürger und Städte, Bürgertum und Bürgerliche Gesellschaft vor 1800 liegt der Fokus, ausgehend von den Revolutionen in Nordamerika 1776/1787 und Frankreich 1789, auf der Sozialgeschichte des deutschen Bürgertums im langen 19. Jahrhundert, bevor zwei abschliessende Kapitel Bürgertum und Bürgerlichkeit im 20. Jahrhundert in den Blick nehmen. Dabei orientiert sich Schäfer weitgehend am deutschen Forschungsstand von vor zehn Jahren, wie das Literaturverzeichnis am Ende des Buches verrät. Zudem kommt der an der Universität Bielefeld habilitierte Autor immer wieder auf die bipolare, mittlerweile doch als abgeschlossen zu betrachtende Kontroverse in der deutschen historischen Bürgertumsforschung zu sprechen (S. 42f., S. 73–77), die seit dem Ausgang des Kalten Krieges für rund ein Jahrzehnt Lothar Gall mit seiner Gruppe aus Frankfurt am Main und der Bielefelder Forschungsbereich um Hans-Ulrich Wehler und Jürgen Kocka massgeblich geprägt haben. Anschaulich und übersichtlich arbeitet Schäfer in seinem sehr lesbaren Überblick die beiden unterschiedlichen Forschungspositionen aus: während die Frankfurter Bürgertumsforscher die klassenlose Stadtbürgergesellschaft als politisches Ordnungs- und Zukunftsmodell der bürgerlich-liberalen Bewegung, das bis zum Vormärz durchaus reale Gestalt annahm, fokussierten, konzentrierten sich die sozialhistorischen Bielefelder Ansätze auf die Ausbildung bürgerlicher Klassen mit den beiden wiederum binnenfraktionierten Grossgruppen der Wirtschafts- und Bildungsbürger als dynamische Kräfte der Ausbildung der Bürgerlichen Gesellschaft als neuer sozialer Ordnung, der die alte stadtbürgerliche Gesellschaft eher entgegen stand.

So hilfreich diese historiographische Nachzeichnung zur Bündelung des komplexen Themas und der heterogenen Forschungslage ist, so bietet sie kaum einen Überblick über neueste anregende internationale kulturhistorische Erkenntnisse, etwa aus der Gender-Forschung und der historischen Anthropologie. Daher bietet der Lesestoff selbst für historisch einzuführende Leser spärlich Neues und Anregendes. Das liegt nicht zuletzt an der chronologischen Gliederung in sieben Kapitel. Sie hangelt sich an hinlänglich bekannten ereignisgeschichtlichen Pflöcken 1789, 1830, 1848, 1871, 1914, 1933, 1945 entlang, die besonders die Bielefelder Sozial- und Wirtschaftshistoriker unter dem Stichwort der politisch-industriellen «Doppelrevolution» als Zäsur- und Wendephase eingeschlagen haben.

Die ersten beiden Kapitel «Bürger und Städte vor 1800» (S. 13–25) und «Bürgertum und Bürgerliche Gesellschaft im 18. Jahrhundert» (S. 26–43), in denen die Vernachlässigung der von den DDR-Historikern so bezeichneten «frühbürgerlichen Revolution» von Bauernkrieg und Reformation auffällt, muten mitunter gerade durch die knappe Darstellungsweise wie eine Verfallsgeschichte der einst selbstständigen mächtigen Städte, Stadtgeschlechter und Zünfte an. Demgegenüber lenkt Schäfer den Blick vom alten Stadtbürgertum auf die beginnende Etablierung einer neuen bürgerlichen Öffentlichkeit, in der das freiwillige Vereinswesen ständischen (Zunft-)Zwang ablöst (S. 60), und auf das neue Wirtschafts- und Bildungsbürgertum zwischen 1800 bis 1848 (S. 53–72), das so neu nicht ist, rechnet man, wie Schäfer, auch die Pfarrer hinzu. Damit setzen sich Werte wie Bildung, Leistung, Zweckrationalität, Nützlichkeit und Arbeitsfleiss, die der Autor als bürgerlich etikettiert, sukzessive als gesellschaftlicher Ordnungsentwurf durch (S. 39, S. 127).

Schäfer bezeichnet diese Verlaufsskizze selbst als «holzschnittartig» (S. 41), legitimiert seinen Entwurf jedoch mit Bezug auf Max Weber als «idealtypisches Konstrukt» (S. 41). Diese Rückgriffe auf Weber und später, ab Seite 83, auf Pierre Bourdieus Konzept der unterschiedlichen – sozialen, kulturellen und ökonomischen – Kapitalsorten, werden von Schäfer als Theorieangebote für die historische Bürgertumsforschung nicht einleitend mit anderen Optionen diskutiert. Sie werden vielmehr gleichsam gesetzt, um in den beiden zentralen Kapiteln vier und fünf (S. 78–178) das Sozialprofil von Bildungs- und Wirtschaftsbürgertum im 19. Jahrhundert dualistisch ausführlich zu analysieren und mit Hinweisen auf die unterschiedliche Verfügbarkeit von Kapitalsorten sowohl die Distinktionen in der heterogenen bürgerlichen Gesellschaft, als auch zugleich die Gemeinsamkeit von Bürgern im Habitus (S. 110, S. 115) nachzuweisen. Sehr knapp wird in Abschnitt 4.7 (S. 114–125) ausgebreitet, dass die gemeinsame und vorherrschende kulturelle Praxis des Bürgertums durch Familie, Schule, einem leitenden Bildungsbegriff und dem oben bereits erwähnten Wertekanon präformiert worden sei. Diese Einschätzung unterschätzt die Dynamik, die durch Bildung, durch ein konfliktreiches Verhältnis zwischen den Generationen oder durch brüchige Wertetradierung entsteht – zumal bei schon ausgangs des 19. Jahrhunderts zunehmend global ausgerichtetem Konsum und Handel (Osterhammel 2009, S. 355, S. 957). Diese internationale Perspektive spielt jedoch eine geringe Rolle (S. 159), ebenso das Verhältnis von Bürgertum zum Adel oder zur aufkommenden Massengesellschaft um 1900 (S. 175). Nur knapp werden in einer Art deutschen Kaiserreichsgeschichte die Verschärfungen sozial exkludierender Tendenzen des Dreiklassenwahlrechts und der Besetzung bürokratischer Schlüsselpositionen durch Bildungsbürger aufgrund zunehmend konservativer, staatsloyaler, xenophober und kulturkritischer

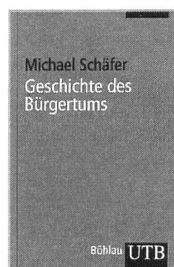
Einstellungen im Bürgertum zurzeit des Wilhelmismus (S. 162) behandelt.

So führt Schäfer im sechsten Kapitel das Paradox, dass ausgerechnet in der bürgerlichen Republik von Weimar der Staat bürgerlichen Lebensstil, Kulturanspruch und Sicherheitsbedarf nicht mehr garantieren konnte (S. 190), auf einen schon vor 1914 einsetzenden Gestaltwandel des einstmals liberalen Bürgertums zurück, das im Abwehrkampf gegen revolutionäre Partizipationsforderungen der Arbeiter in Teilen zusehends auf volksgemeinschaftliche und nationalistische Lösungsversprechungen setzte (S. 182–209). In dieser kursorischen Perspektive erscheint der Nationalsozialismus eher auf der rhetorischen Ebene als antibürgerliche Bewegung, der die seit der Jahrhundertwende vom bürgerlichen Milieu selbst artikulierte antibürgerliche und antiliberaler Kritik verschärfend aufgriff und dagegen den Kult des Einfachen, Vitalen und Gemeinschaftlichen setzte (S. 210). Ab 1933 zerfiel die alte vielgestaltige Stadtbürgergesellschaft unter dem Druck der Gleichschaltung, doch viele angepasste Wirtschaftsbürger und junge Akademiker konnten in der braunen Diktatur durchaus ihren Status und Lebensstil verbessern.

Somit wird am Ende des Buches im siebten Kapitel die interessante Frage aufgeworfen, ob zwei Weltkriege, die NS-Diktatur und die deutsche Zweistaatlichkeit zur Auflösung von Bürgerlichkeit geführt haben, die erst recht im Zeitalter des Massenkonsums nicht wiederbelebt werden könne, da traditionelle bürgerliche Werte an Gültigkeit verlieren. Dagegen stellt Schäfer die These von der Verbürgerlichung der Gesellschaft, da mit dem Übergang zur Wohlstandsgesellschaft der Lebensstandard der Arbeiterfamilien materiell verbessert, bürgerlicher Lebensstil übernommen, der Zugang zur Hochschulbildung erleichtert und so genanntes zivilgesellschaftliches Engagement eingefordert worden sei. So sehr man sich davor hüten muss, mit diesen Überlegungen in die Fussstapfen der politisierten Wertewandeldebatte der 1970er-Jahre zu treten und den neoliberalen Reformvertretern der Jahrtausendwende zu folgen, so zeigt Schaefer's Schlusskapitel zugleich die Relevanz und Aktualität der historischen Bürgertumsforschung, wenn sie nicht zu sehr auf altbekannten Pfaden früherer Jahrzehnte wandert.

Literatur

Osterhammel, Jürgen: Die Verwandlung der Welt. Eine Geschichte des 19. Jahrhunderts. München 2009



Michael Schäfer: Geschichte des Bürgertums. Eine Einführung. Köln/Weimar/Wien: Böhlau Verlag 2009. 274 S. ISBN 978-3-8252-3115-6 CHF 31.90; Euro 17.90

Sascha Koch/Michael Schemmann (Hrsg.): Neo-Institutionalismus in der Erziehungswissenschaft

Eine gelungene Einführung in den Neo-Institutionalismus

• Eckhardt Fuchs

Dieser Band ist zur richtigen Zeit erschienen. Der seit den 1970er-Jahren von amerikanischen Soziologen entwickelte Neo-Institutionalismus hat inzwischen Eingang in zahlreiche andere Disziplinen gefunden, so auch in die Erziehungswissenschaft. Wenn diese Rezeption in Deutschland bislang auch zumeist auf die Internationale und Vergleichende Erziehungswissenschaft beschränkt blieb, zeigen die zunehmenden Referenzen in Forschungsarbeiten, dass dieser Ansatz auf steigendes Interesse und auch Kritik stösst. Die Herausgeber verfolgen daher ein dreifaches Ziel: Erstens rekurrieren sie nicht allein auf den gesellschaftstheoretischen «World Polity»-Ansatz, sondern sie streben an, den organisationstheoretischen Neo-Institutionalismus in die erziehungswissenschaftliche Debatte einzuführen. Zweitens werden in diesem Band konzeptionelle Schlüsseltexte neo-institutionalistischer Autoren mit empirischen Fallstudien aus dem Bildungsbereich verbunden. Drittens schliesslich wollen die Herausgeber anhand einer kritischen Betrachtung des Forschungsstandes neue Untersuchungsfragen aufwerfen.

In der kurzen Einleitung unterscheiden Koch und Schemmann drei Ausprägungen des neo-institutionalistischen Ansatzes: erstens einen von Lynee G. Zucker ausgehenden organisationsinternen Neo-Institutionalismus, nach dem Organisationen als handlungsleitender Kontext von Individuen und damit Rahmen für die Perpetuierung von Wissen, Normen, Routinen, Strukturen und sozialem Umgang als Institutionen interpretierbar seien. Eine zweite Ausprägung stellt der umweltbezogene Neo-Institutionalismus dar, der das Beziehungsgeflecht zwischen institutionalisierter Organisationsumwelt und der Struktur und Praxis der Organisation selbst untersucht, also die Frage, in welcher Art Organisationen institutionellen Erwartungshaltungen entsprechen müssen, unabhängig davon, ob diese dazu beitragen, die Organisationsziele effektiver zu erreichen. Der dritte Strang, der makrosoziologische «World Polity»-Ansatz, versteht sich als Erklärungsmodell für globale institutionelle Angleichungsprozesse in verschiedenen gesellschaftlichen und politischen Bereichen. Obwohl Organisationen Agenten weltkultureller Entwicklungen darstellen, geht dieser Ansatz explizit über die (engere) Organisationssoziologie hinaus. Gemeinsam ist aber allen drei Richtungen, dass sie das Handeln von Akteuren nicht nur in die jeweiligen sozialen und kulturellen Kontexte einbetten, sondern zugleich auch nach der wechselseitigen Beeinflussung von Akteuren und institutioneller Umwelt fragen.

Der erste Teil enthält drei von den Herausgebern

übersetzte neo-institutionalistische Schlüsseltexte, die sich – auch angesichts der bereits vorliegenden Übersetzungen zum «World Polity»-Ansatz – auf den umweltbezogenen Neo-Institutionalismus beschränken. Dabei handelt es sich um einschlägige Veröffentlichungen von John W. Meyer und Brian Rowan (1977), Paul J. DiMaggio und Walter W. Powell (1983) sowie Karl E. Weick (1976), in denen die zentralen Argumente des organisationstheoretischen Neo-Institutionalismus entwickelt wurden. Vorangestellt sind den Beiträgen ein kurzer Überblick der Herausgeber über den Entstehungskontext der neo-institutionalistischen Organisationstheorie und ein diesen Teil abschliessender Beitrag über deren zentrale Begriffe (Sascha Koch). Wer die Kürze der Einleitung bedauert, findet in diesen beiden Texten eine knappe, aber insgesamt gelungene Einführung in das Konzept des «neuen» Institutionalismus in der Organisationstheorie.

Der zweite Teil ist den empirischen Fallstudien gewidmet. Die sechs Beiträge zielen darauf ab, die Möglichkeiten und auch Grenzen der neo-institutionalistischen Theorie und ihrer Methoden an ganz unterschiedlichen Segmenten des Bildungssystems von der Schule bis zur Weiterbildung auszuloten. Dazu zählt zum einen Untersuchungen, die sich auf Homogenisierungs- und Diffusionsprozesse beziehen, wie der Beitrag über – auf das Qualitätsmanagement bezogene und quantitativ belegte – Diffusionsprozesse in der Weiterbildung (Stefanie Hartz) und die Analyse der weltweiten Institutionalisierung des Konzepts «Lebenslanges Lernen» (Anja P. Jakobi). Dazu zählt auch der Beitrag von Sascha Koch, der am Beispiel der Weiterbildung bzw. des Zweiten Bildungswegs zeigt, wie sowohl die Formierung dieses organisationalen Feldes als auch dessen institutioneller Wandel durch spezifische Sozialmilieus beeinflusst wird. Damit thematisiert er ein Defizit des Feldkonzepts von DiMaggio und Powell, berücksichtigt er doch die gesellschaftliche Potenz, die individuelle Akteure in die Organisation einbringen. Zwei Beiträge analysieren unter vergleichender Perspektive Institutionalisierungsprozesse, zum einen anhand amerikanischer Liberal Art Colleges und Community Colleges basierend auf neueren Forschungen zu organisationalen Mikroprozessen (Andreas Schröder), zum anderen die sonderpädagogischen Fördersysteme in den USA und Deutschland (Justin J. Powell). Dass der neo-institutionalistische Ansatz auch fruchtbar für die historische Bildungsforschung genutzt werden kann, zeigt die kurze Abhandlung zur Geschichte einer schweizerischen Schule, deren Schliessung nicht auf die schulische Praxis, sondern auf die Divergenz von Aussendarstellung und den zeitgenössischen kulturellen Institutionen zurückgeführt wird (Anna Borsche).

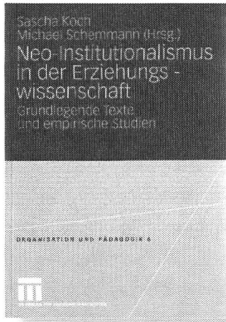
Der dritte Teil umfasst fünf Studien, in denen die theoretisch-methodischen Grundprämissen aller drei Strömungen des Neo-Institutionalismus kritisch hinterfragt und Forschungsdesiderate benannt

werden. Hier kommt nun auch der «World Polity»-Ansatz zu seinem Recht. In ihrem exzellenten theoriegeschichtlichen und -kritischen Überblick zeigt Christel Adick die unbestreitbaren innovativen Elemente und methodischen Perspektiven dieses Ansatzes auf. Diese Bilanz gewinnt vor allem dadurch, dass sie die Weltkulturtheorie mit anderen Konzepten von Globalisierung und Weltgesellschaft kritisch vergleicht und damit wichtige zukünftige Forschungsfelder skizziert. Heinz-Dieter Meyer fokussiert auf den wohl zentralen Kritikpunkt am «World Polity»-Modell, die Vernachlässigung der lokalen Vielfalt und Heterogenität der Aneignungsprozesse im Kontext globaler institutioneller Isomorphie, und kommt zum Schluss, dass aufgrund der Tatsache, dass die Theorie nicht falsifizierbar sei, sich diese nur bedingt für Erklärungen und Prognosen eigne (S. 305). Eine – bislang rare – Reflexion des Neo-Institutionalismus aus der Perspektive der Schultheorie nimmt Christine Schaefers vor, die das Reformmodell «Schulautonomie» mittels neo-institutionalistischer Erklärungsmodelle – Legitimität und Entkopplung – diskutiert. Georg Krücken und Heinke Röbbken geben einen Überblick über die neo-institutionalistische Hochschulforschung und stellen dabei sowohl klassische als auch neuere Ansätze vor. Den Band beschliesst ein Aufsatz von Michael Schemmann, der unter Nutzung des Normenzyklus-Modells von Finnemore und Sikkink am Beispiel der von der UNESCO herausgegebenen «International Adult Learners' Week» (zu) knapp demonstriert, wie in der Organisationsforschung die umweltbezogene und die gesellschaftstheoretische Analyseebene sowohl empirisch als auch theoretisch fruchtbar miteinander verknüpft werden können.

Für einen Rezensenten ist es immer ein Leichtes, die Auswahl der Texte zu kritisieren. Die Herausgeber haben sich mit gutem Grund für die Übersetzung von Aufsätzen entschieden, die die neo-institutionalistische Organisationstheorie mitbegründeten. Das ist mit dem Nachteil verbunden, nur die erste Phase der Theoriebildung zu erfassen. Die neue Phase seit den 1990er-Jahren und die damit verbundenen konzeptionellen Präzisierungen und Systematisierungen, thematischen Ausweitungen und methodischen Verfeinerungen kommen damit nicht in den Blick. Dies ist in zweifacher Hinsicht bedauerlich: Zum einen weist Koch in seinem schon erwähnten Beitrag auf diese zwei Phasen hin, ohne aber explizit auf die zweite einzugehen (S. 128), zum anderen rekurren zahlreiche Fallbeispiele auf die Konzepte dieser Phase (Jakobi, Schröder, Powell, Koch). Darüber hinaus hätte man sich an manchen Stellen etwas längere Ausführungen der Herausgeber gewünscht. Dazu gehören etwa der Verweis auf Max Weber oder der Vergleich des Neo-Institutionalismus mit anderen wissens- und organisationssoziologischen Theorien. Zudem ist es bedauerlich, dass kein Fallbeispiel aus dem Forschungskontext von Jürgen Schriewer aufgenommen wurde, der innerhalb der Erziehungswissenschaft seit

Jahren zu den bedeutendsten Rezipienten und Kritikern des Neo-Institutionalismus gehört und unter dessen Leitung bereits zahlreiche Arbeiten erschienen sind.

Zusammenfassend bleibt festzuhalten, dass der Band Erziehungswissenschaftlern eine gelungene Einführung in den (organisationstheoretischen) Neo-Institutionalismus gibt. Obgleich bzw. weil dieser kein geschlossenes Theoriegebäude darstellt, bietet er – und das zeigen die Fallbeispiele – als Erklärungsmodell ein beträchtliches Potential für die bildungswissenschaftliche Forschung.



Sascha Koch/Michael Schemmann (Hrsg.): Neo-Institutionalismus in der Erziehungswissenschaft. Grundlegende Texte und empirische Studien.

Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften 2009. 360 S.

CHF 68.–, EUR 39.–

ISBN 978-3-531-16290-4

Robert Stölner: Erziehung als Wertsphäre

Eine kurze Geschichte der Institution «Erziehung»

• Thomas Lenz

Die von Robert Stölner vorgelegte Dissertation *Erziehung als Wertsphäre* möchte eine Forschungslücke im Bereich der pädagogischen Theorie schliessen: Stölner fragt nach den strukturellen Eigengesetzlichkeiten des Feldes «Erziehung» und untersucht, ob und inwiefern die von ihm identifizierten Strukturen des Feldes Erziehung als eigene «Wertsphäre» – im Sinne Max Webers – aufgefasst werden können. Stölners forschungsleitende Fragestellung lautet also, ob neben den von Max Weber unterschiedenen Wertsphären Politik, Wirtschaft, Religion, Kunst, Wissenschaft, Erotik und Recht auch dem Bereich Erziehung der Status einer eigenen «Wertsphäre» zugesprochen werden könne. Ziel dieser Überlegung ist die Einbettung des Erziehungsbereiches in eine umfassendere Institutionentheorie, die Stölner ebenfalls in enger Anlehnung an Webersche Positionen formuliert.

Stölner kombiniert seine theoretischen Überlegungen zu Weber mit historischem Material, das seiner These von der «Wertsphäre Erziehung» Plausibilität verleihen soll. Er definiert hierzu im ersten Kapitel seiner Arbeit zunächst seinen Begriff von Erziehung, führt in Kapitel 2 Webers Institutionentheorie näher aus und destilliert aus dieser ein Analyseschema (in enger Anlehnung an den Heidelberger Soziologen Thomas Schwinn) zur Bestimmung der «Wertsphären» (Kapitel 3), das schliesslich – mit

Hilfe von historischem Material – im vierten Kapitel auf den Bereich der Erziehung angewendet wird. In einem abschliessenden fünften Kapitel zeigt er, inwiefern die «Wertsphäre» Erziehung von anderen gesellschaftlichen Teilbereichen abhängig ist.

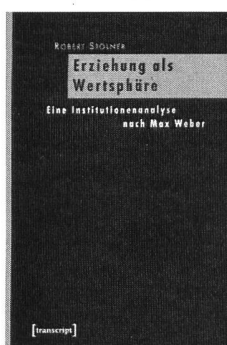
Die genaue Definition einer «Wertsphäre» im Weberschen Sinne gleicht allerdings «einem Kampf gegen Windmühlen» (Guy Oakes). Weber selbst benutzt den Begriff der Wertsphäre ungenau und inkohärent. Stölner problematisiert diese ungenaue Begriffsverwendung bei Weber leider kaum und zeigt auch nicht auf, inwiefern beispielsweise Webers «Wertsphäre» (oder auch Diltheys «Kultursystem») als Vorläufer modernerer Theorien zur Systemdifferenzierung verstanden werden können.

Max Weber geht davon aus, dass moderne Gesellschaften sich nach verschiedenen «Wertsphären» differenzieren, deren jeweilige Grundlage «letzte Werte» seien, an denen die handelnden Individuen ihr Tun orientierten. Weber identifiziert so beispielsweise für die «Wertsphäre» Wirtschaft den Gewinn als letzten Wert, für die Wertsphäre Politik ist es die Macht, an der sich Handelnde orientierten, und für die Religion ist Erlösung der «letzte Wert». Da die verschiedenen Wertsphären auf unterschiedlichen letzten Werten beruhten, seien Konflikte zwischen ihnen unvermeidlich. Letztlich seien diese Konflikte nur durch Organisationen und durch bürokratische Herrschaft lös- beziehungsweise vermittelbar. Weber glaubt also, dass es unterschiedliche gesellschaftliche Subsysteme gibt, die sich auf bestimmte Eigenwerte zurückführen lassen. Diese Eigenwerte bestimmen das Handeln innerhalb der gesellschaftlichen Subsysteme weitgehend. Webers Idee der «Wertsphäre» ist allerdings – im Gegensatz zu neueren differenzierungstheoretischen Überlegungen – einerseits von essentialistischen Grundannahmen geprägt («was ähnlich heisst, ist auch auf ähnliche Werte rückführbar») und beinhaltet zudem eine geschichtsphilosophische, teleologische Komponente: Er geht davon aus, dass Wertsphären «letzte Werte» zur Entfaltung, Entwicklung und Vervollkommnung bringen. Es drängt sich also die Frage auf, welchen Gewinn die Analyse der Erziehung als «Wertsphäre» (und eben nicht als gesellschaftliches Subsystem) verspricht; eine Frage, auf die Stölner keine überzeugende Antwort gibt. Er verweist lediglich auf das Fehlen einer pädagogischen Institutionentheorie, zu der er mit seiner Analyse einen Beitrag leisten möchte. Stölners Ausführungen zur Institutionentheorie Max Webers (die von diesem ja nicht explizit ausformuliert wurde) sind dann allerdings materialreich und geben einen Überblick zur Idee der Weberschen Wertsphäre (Kapitel 2), das erarbeitete Analyseschema macht deutlich, wie Webers Differenzierungstheorie sinnvoll operationalisiert werden kann (Kapitel 3). Folgt man dem Bremer Soziologen Uwe Schimank ist allerdings der Begriff «Subsystem» die aktuellere und wohl auch genauere Bezeichnung für das, was Weber mit «Wertsphäre»

ren» meinte. Warum Stölner also weder an die Systemtheorie Parsonsscher (bzw. Luhmannscher Prägung) noch an den Neoinstitutionalismus anknüpft, sondern ein Konzept aufgreift, das zu Beginn des 20. Jahrhunderts entwickelt wurde, ist nicht nachzuvollziehen. Der Rückgriff auf Max Weber erscheint so weniger einem bestimmten Erkenntnisinteresse geschuldet, als eher Selbstzweck zu sein. Zudem nimmt Stölner so gut wie keine amerikanische Literatur wahr. Verwunderlich, wenn man bedenkt, dass die wichtigsten Impulse zur Institutionentheorie seit geraumer Zeit aus den USA kommen und auch dort natürlich auf Weber rekurriert wird.

Mit Hilfe einer kurzen Geschichte der frühkindlichen Erziehung und der Ausdifferenzierung institutioneller Betreuungseinrichtungen (Kindergarten, Hort usw.) zeigt Stölner im zweiten, historischen Teil der Arbeit (Kapitel 4) auf etwa 100 Seiten, wie sich die «Wertsphäre Erziehung» entwickelt hat und welche Akteure dabei welche Rolle übernahmen. Der Schwerpunkt der Darstellung liegt hierbei auf dem 19. bzw. 20. Jahrhundert. Stölner möchte mit diesem kurzen Abriss der Institutionalisierungsgeschichte des Erziehungsfeldes seine These von der «Wertsphäre Erziehung» untermauern. Dabei gerät die historische Darstellung sehr kursorisch (so handelt er beispielsweise die Erziehungssysteme in Antike und Mittelalter auf lediglich 11 Seiten ab), zudem deutet Stölner unterschiedlichste historische Veränderung sehr schnell als Beleg für eine «Modernisierung» und Differenzierung des Erziehungsfeldes, die er auf der Grundlage seiner theoretischen Annahme (der Wertsphärenidee) ja ohnehin erwartet. Dennoch kann der historische Teil der Arbeit als kompakter Überblick zur Institutionalisierung des Feldes frühkindlicher Erziehung insgesamt als hilfreich angesehen werden.

Sowohl der theoretische erste Teil der Arbeit als auch der historische zweite Teil stellen für sich genommen knappe, aber durchaus brauchbare Darstellungen zum Thema «Wertsphäre» bzw. zur Institutionalisierung frühkindlicher Pädagogik dar. Die Verknüpfung dieser beiden Teile der Arbeit kann allerdings nicht wirklich überzeugen. Zudem bleibt unklar, welchen Erkenntniswert das Verständnis von Erziehung als «Wertsphäre» hat oder in Zukunft haben könnte.



Robert Stölner: Erziehung als Wertsphäre. Eine Institutionenanalyse nach Max Weber.
Bielefeld: Transcript 2009.
250 S.
CHF 49.90, EUR 28.80
ISBN 978-3-8376-1183-0

Andreas Hoffmann-Ocon: Schule zwischen Stadt und Staat

Eine weitgehend überzeugende Studie

• Joachim Scholz

Der Glaube daran, «der Staat könne als einziger eine Gesellschaft der Gleichberechtigten schaffen und kenne ausserdem die Dinge am besten», ist bereits vor längerem erschüttert worden (Dalin 1999, S. 434). International wird heute die führende Rolle des Staates in der Schulverwaltung angefochten und bei Schulentwicklungsprozessen zumindest stückweise durch dezentrale Steuerungsinstrumente abgelöst. Aber ist die schwindende Dignität staatlicher Kontrolle über das Bildungssystem auch in der pädagogischen Historiografie von Belang, wo sie im Merkmalsbündel der modernen Schule einen festen Platz einnimmt (vgl. Adick 1992, S. 22f.)?

Dass es mindestens angezeigt ist, die Verstaatlichung des Schulwesens nicht als reibungslosen Optimierungsverlauf durch die methodische Brille vertikaler Gliederungsprinzipien zu betrachten, ist eine der zentralen Aussagen der hier besprochenen sozialgeschichtlichen Studie. Sie führt ins Königreich bzw. die spätere preussische Provinz Hannover und verfolgt die Geschehnisse des dortigen höheren Schulwesens von 1830 über die preussische Annexion im deutschen Krieg 1866 bis gegen das Ende des 19. Jahrhunderts. Einleitend werden – das ist nicht mehr ungewöhnlich – die preussische Perspektive der Forschung und die alte Tendenz, Gleichläufigkeit von Kodifizierung und historischer Praxis zu unterstellen, kritisiert und als Ziel der Arbeit eine multiperspektivische und problemfokussierte «Rekonstruktion der schulpolitischen Kommunikations- und Interaktionsgeschichte zwischen städtischen, weitgehend autonomen Vor-Ort-Schulverwaltungen und dem Staat» (S. 19) ins Auge gefasst. Damit ist schon der steuerungs- und systemtheoretische Ansatz angedeutet, der am Ende der Arbeit die Ergebnisse noch einmal reformuliert zur Darstellung bringen wird. In der vorangehenden historisch-kritischen Analyse werden die administrative Überlieferung des hannoverschen Oberschulkollegiums, des preussischen Kultusministeriums und ausgewählter städtischer Behörden sowie einige gedruckte Quellen – allen voran die Dokumentationen des hannoveraner Oberschulrats Friedrich Kohlrausch (1780–1867) – mit hermeneutischen Methoden untersucht. Kennzeichnend für Aufbau und Anlage der Arbeit ist zudem, dass Hoffmann-Ocon zunächst Aussagen für das gesamte Verwaltungsgebiet trifft, bevor er am Beispiel der Städte Stade, Hannover und Münden jeweils drei Fälle einer historischen Feinanalyse unterzieht.

Das zweite Kapitel gibt einen «Überblick zum höheren Schulwesen des Königreichs Hannover», das 1828 neben einer Ritterakademie und einer Klosterschule 17 Gymnasien und Lyceen und 12 spä-

ter meist nur noch progymnasiale Anstalten in kleinen Städten umfasste (S. 42). Am Beginn des Untersuchungszeitraums waren Forderungen der interessierten Öffentlichkeit nach einer oberen Schulbehörde sowie ein Bedarf an höherer Bürgerbildung situationsbestimmend und mit einer Verspätung von drei bis vier Jahrzehnten verlief die Neuformierung der Bildungsorganisation im Wesentlichen strukturhomolog zur Entwicklung in Preussen. Die Jahre 1829/30 markieren für Hannover die entscheidende Zäsur. Hier wurden das Maturitätsprüfungsgesetz (vergleichbar mit dem preussischen «Examen pro facultate docendi») verabschiedet und ein Oberschulkollegium (OSK) installiert. Das letztere sollte gemäss königlichem Patent die Weisungen des Ministeriums nicht nur an die landesherrlichen Gymnasien vermitteln, sondern auch an den städtischen Schulen, die bislang allein den Magistraten unterstanden, regulierend eingreifen. Mit der uneindeutigen Kompetenzabgrenzung zwischen OSK und dem städtischen Patronat, die in zentralen Fragen Entscheidungen zur Schulentwicklung dem Ausgang eines «Communicirens» beider Seiten überliess, wurden allerdings künftige Konflikte schon in den Gründungstext der staatlichen Schulaufsicht eingeschrieben. Die geringe Machtfülle des personell mager ausgestatteten OSK, das über lange Zeit um die Schlüsselfigur Kohlrausch formiert war, fand auch darin ihren Ausdruck, dass so gut wie kein unmittelbares schulpolitisches Instrument in der Hand des OSK lag. Eine durch entsprechende Kodifizierungen in den Städteordnungen bedingte schwache Position des Staates trug Weiteres dazu bei, dass sich die «Implementierung des Oberschulkollegiums im Konflikt mit den Magistraten» vollzog. Unter diesem Titel schildert das mit 100 Seiten umfangreichste dritte Kapitel den durch gesetzliche Normierungen nur unzulänglich charakterisierten Prozess nun für die genannten Fälle und fasst die unterschiedlichen Verläufe in typische Entwicklungsmuster: von der Obstruktion (Stade) über die partielle Anerkennung des OSK als beratende Behörde (Hannover) bis zur diffusen Haltung der Stadtvertreter in Münden.

In jedem Fall werden die ausgemachten Richtungen als Resultat variabler Einflusskonstellationen der staatlichen und städtischen Instanzen beschrieben. Für eine konfliktuöse Beziehung sorgte nicht nur das Interesse des Staates an der Vereinheitlichung von Lehrplänen, Abschlüssen und Berechtigungen, sondern häufig auch eine divergente Personalpolitik oder strittige Schulfinanzierungsfragen. Deutlich wird, dass die potenziellen Konfliktlinien zwischen Stadt und Staat fast immer die ganze Anstalt sowohl in ihrer «inneren» als auch der «äusseren» Organisation durchzogen. Die so hervorgebrachte Komplexität der Kräfteverteilung, Interessen und Optionen konfrontiert den Leser zwangsläufig mit einer unübersichtlichen Gemengelage, in der die Konflikte bisweilen richtungs- und konturlos erscheinen. Es war möglich, dass Schulideale

schon innerhalb der städtischen Instanzen weit differierten; ebenso gut konnte zwischen Stadt und Staat Interessenskongruenz eintreten und nicht zuletzt kam es vor, dass der Konflikt zwischen beiden Lagern unter einer sich wandelnden schulpolitischen Grosswetterlage insgesamt in den Hintergrund trat. Für Lektüreerschwernis sorgt aber nicht nur der Gegenstand, sondern auch die tendenziell schematische Darstellung der weitläufigen Fallgeschichten, die den Autor zu Wiederholungen verleitet.

Im vierten Kapitel, das als Scharnier zwischen den Fallrekonstruktionen der vorpreussischen und preussischen Phase steht, beschreibt Hoffmann-Ocon die «Umwandlung des hannoverschen Oberschulkollegiums zum preussischen Provinzialschulkollegium» (PSK). Keineswegs trat nach 1866 ein abrupter Borussifizierungsprozess ein. Unter Kultusminister von Mühler war die Politik vielmehr auf die «Pfleger von Restbeständen hannoverscher Unterrichtsverwaltung» (S. 173) gerichtet. Erst das Ministerium Falk glied ab 1873 das dortige PSK den altpreussischen an. Dass die preussische Herrschaft nicht als Zäsur betrachtet werden sollte, erschliesst sich auch aus Kapitel 5, in dem wieder die Entwicklung innerhalb des Städtesamples aufgegriffen wird. Die Zunahme des staatlichen Verhandlungsspielraums, so die hier verfolgte These, resultierte weit weniger aus der Durchsetzung neuer rechtlicher Regelungen als vorwiegend aus der Finanzknappheit der Städte. Fallspezifische Abweichungen verdecken nur knapp einen Entwicklungszusammenhang, der schon in der Zeit des Königreichs Hannover bestanden hatte. Dort, wo der Staat sich an der Schulfinanzierung beteiligte, sicherte er sich an der einzelnen Schule in der Regel auch ein «Kompatronat» und mit deren steigender Zahl allmählich die Regie über breite Teile des städtischen Schulwesens. Zudem schuf die Einführung einer Lehrerbeseoldung nach «Normaletat» an königlichen Anstalten einen für Magistrate nur schwer einzuhaltenen Massstab für Lehrergehälter, der den staatlichen Anstalten die Sympathie des pädagogischen Personals bescherte. Der juristische Normierungsprozess jedenfalls brauchte die Entwicklung hin zu einer «Semi-Verstaatlichung» nur noch flankieren, denn auch ohne ihn war die höhere Schule de facto zur Staatsanstalt geworden.

Die dem historischen Teil sich anschliessende «steuerungstheoretische Analyse» (S. 209–241) kombiniert sozialwissenschaftliche Steuerungsansätze mit modellierten Segmenten der Systemtheorie von Niklas Luhmann. Hoffmann-Ocon geht es offensichtlich vor allem darum darzulegen, dass die Erkenntnis horizontaler, einer kommunikativen (Verhandlungs-)Logik folgender Steuerungsformen auch eine theoretische Entsprechung hat. Die Unterscheidung von Steuerungsmedien (Macht, Recht, Geld und Wissen) erlaubt hier tatsächlich eine differenzierte Einschätzung der Chancenverteilung sowohl des staatlichen als auch des städtischen Schul-

zugriffs. Andererseits bestände für Luhmann-Exegeten Grund, die bemühte Herleitung eines Passungsverhältnisses zwischen historischer Analyse und Theorie sowie die teilweise Amputation des in Anschlag gebrachten Modells – etwa hinsichtlich «operativer Geschlossenheit» und folglich Steuerbarkeit von Teilsystemen – zu kritisieren. Dass die theoretische Perspektive den Quellen zuwiderlaufen und gar «mühsam erarbeitete Gegensätze und Differenzierungen» infrage stellen kann (S. 241), bleibt vom Autor nicht unbeachtet, wird aber über rhetorische Feststellungen hinaus kaum bearbeitet. Da im abschliessenden Resümee die leitenden Fragen und bekannte Ergebnisse aufs Neue aufgegriffen werden, stellt sich zuletzt ein Eindruck von Redundanz ein, der angesichts überzeugender Grundaussagen der Studie vermeidbar gewesen wäre.

Literatur

- Adick, Christel: Die Universalisierung der modernen Schule: eine theoretische Problemskizze zur Erklärung der weltweiten Verbreitung der modernen Schule in den letzten 200 Jahren mit Fallstudien aus Westafrika. Paderborn 1992
- Dalin, Per: Theorie und Praxis der Schulentwicklung. Neuwied 1999



Hoffmann-Ocon, Andreas: Schule zwischen Stadt und Staat. Steuerungskonflikte zwischen städtischen Schulträgern, höheren Schulen und staatlichen Unterrichtsbehörden im 19. Jahrhundert. Bad Heilbrunn: Klinkhardt 2009. 278 S. Euro 34.– ISBN 978-3-7815-1656-4